

Die Schwäche unseres Bildungssystems ist die Schwäche unserer Verfassung und unseres Verfassungsbewußtseins

Schreiben an die Niedersächsischen Landtagsabgeordneten
und weiteren Empfängern

von

Tristan Abromeit
August 2010

www.tristan-abromeit.de

Text 84.2

Änderung des Status der Berufsschulen

Anhang 2

Zitate
aus

Die verstaubte Verfassung

von

Thomas Darnstädt

Teil I - Die enthauptete Republik

Teil 2 - Das Prinzip Wettbewerb

Teil 3 - Republik der Bürger

in: DER SPIEGEL Nr. 20, 21 u. 22 / 2003

Anmerkung zu den Zitaten

Ich will nicht in Anspruch nehmen, daß ich mit den Zitaten das Wichtigste aus dem dreiteiligen Beitrag von Thomas Darnstädt hervorgehoben habe. Mir scheint nur, jedes Zitat ist wie ein Stichwort, das die Aufforderung enthält, über den jeweiligen Sachverhalt nachzudenken. Es gibt Probleme, die man nicht aussitzen kann, sie bleiben aktuell, bis sie gelöst wurden. TA

Wettbewerb ist ein Konzept des Lernens. Wenn wir in der Gesellschaft Keinen Wettbewerb riskieren, wird es keine Erfahrung geben - und keine Innovation.

Hans Babier,
Chef der Ludwig-Erhard-Stiftung

DER SPIEGEL, 21/2003, S. 54

Der frühere Unternehmer-Lobbist Hans-Olaf Henkel, Jetzt als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft für Wissenschaftsförderung zuständig, hält den Umbau Des Bildungswesens für die entscheidende Antwort auf die Frage, „ob wir international wieder Konkurrenzfähig werden“.

DER SPIELGEL, 21/2003, S. 57

Der letzte der Gründe, den Ländern die so lange veruntreute Verantwortung für die Schulen zu lassen, war so etwas wie wie föderalistische Brüderlichkeit: Sonst haben die doch gar nichts mehr. da sich das ja in der neuen Deutschland AG ändern soll, fühlen sich auch Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler frei, über die Bildungskompetenzen nachzudenken.

Thomas Darnstädt
Die verstaubte Verfassung (II)
Das Prinzip Wettbewerb
DER SPIEGEL , 21/2003

Der Geldhahn ist für alle Reformer das entscheidende Instrument,
Verstockten Föderalisten Beine zu machen. Solange Bund,
Länder und Gemeinden wie in einer Polit-WG aus der gemeinsamen
Kasse wirtschaften, sind Wahrheit und Klarheit in der
Politik suspendiert.

Darnstädt, a.a. o.

DER SPIEGEL 21/2003

Man mag es mögen oder nicht. Wer sich im
Staat-Machen auskennt, nimmt es als Naturgesetz.:
Jede Organisation strebt stets danach, ihre Befugnisse
zur abschließenden Erledigung einer Angelegenheit
zu nutzen. (und auszubauen TA)

Darnstädt

ER SPIEGEL 21/2003

Große Verfassungen entstehen in der Stunde Null.

...

Denn mit dem Grundgesetz geht es nicht mehr lange gut.

...

Eine Verfassung kann verderben – Zeitablauf.

...

Die Parteien sind es, die ihre verfassungsrechtlichen Chancen nutzen
und das Parlament als die insoweit eigentlich zuständige Instanz
überflüssig machen.

...

„Mann kann das nur machen, wenn man in der Politik nichts mehr
werden will“ (Heribert Blens in Bezug auf den Vermittlungsausschuß)

...

„Ich frage mich, wer eigentlich noch Interesse daran hat,
Probleme zu lösen.“ (Blens)

...

„Es geht nur noch um Machterhalt“, klagt Blens

DER SPIEGEL 22/2003 / Thomas Darnstädt

Im Staat des Grundgesetzes kommt ein guter Teil der Abgeordneten
nur von Gnaden seiner Partei, nicht auf Grund einer
Wählerentscheidung ins Parlament.

...

Das Volk aber will vielleicht gar nicht repräsentiert werden, es will
lieber selbst entscheiden. „Es gibt keinen vernünftigen Grund, der gegen
Plebiszite spricht“, sagt sogar der Abgeordnete Wiefelpütz.
Kollege Müller aus dem Fraktionsvorstand sieht das ähnlich.
„Der Staat muss Kompetenzen nach unten abgeben.“

...

Dabei ist es gerade der grundgesetzlich statuierte „Gesetzesvorbehalt“,
Schlußstein des Rechtsstaates, ausziseliert in 50 Jahren
Verfassungssprechung, der daran schuld ist, dass es mittlerweile
Faßt 86000 Einzelvorschriften in Gesetzen und Verordnungen im
Deutschen Bundesrecht gibt.

...

Das Volk glaubt nicht an den Parlamentarismus,
wenn die Ergebnisse nicht stimmen.
(Karlsruher Richter Hoffmann-Riem)

...

Der Glaube, Konflikte seien dann gelöst,
wenn es für sie ein Gesetz gibt, ist nicht durchzuhalten.

...

Ein riesiger Stab von Uhrmachern in den Ministerien ist dabei,
die sensible Rechtsordnung mit immer neuen Rädchen und
Reparaturen am Laufen zu halten.

Aus:

Die verstaubte Verfassung
Teil III
Republik der Bürger
Von Thomas Darnstädt

DER SPIEGEL „22/ 2003

Der Rechtsstaat als tapsiger Koloss im Porzellanladen des Standorts Deutschland: Mit dem stoßweisen Zuwachs an immer präziseren Gesetzen wachsen auch die Aktenberge bei den Gerichten. 1995 lagen, ohne Asylverfahren, 88500 Prozesse bei den Verwaltungsgerichten, im Jahr 2000 waren es schon 150 000. Und da die Streitverfahren immer komplizierter werden, kommen die Richter mit ihrer Arbeit nicht mehr zu Rande: Anfang 2002 schoben deutsche Verwaltungsrichter 250000 unerledigte Verfahren vor sich her.

Ein Investitionsvolumen von 5,5 Milliarden Euro, so hat der Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, Wolfgang Reimers, ausgerechnet, hing im Jahr 2000 vor Verwaltungsgerichten des Landes fest - weil die Juristen nicht hinterherkamen.

Eine Lockerung des Gesetzesvorbehalts würde bedeuten: Es gibt weniger Gesetze - und die haben nur noch grobe Zielvorgaben. Verwaltung und Justiz bekommen die Befugnis, diese Vorgaben nach Lage und Ermessen im Einzelfall zu verfolgen - zumindest dort, wo es nicht um individuelle Freiheitsrechte und staatliche Gewaltanwendung geht. Etwa im Umgang zwischen Wirtschaft und Staat.

Da pfeifen die Beteiligten ja ohnehin auf Gesetze.

Die verstaubte Verfassung (III) Thomas Darmstädt,
DER SPIEGEL, 22/2003

Mit so mächtigen Gästen wie Ver.di oder dem BDI am Tisch bleibt dem Kanzler statt zu regieren nur das Verhandeln. „Der kooperative Staat hinterlässt eine Lücke im Regelungsbereich der Verfassung, die nicht mehr völlig zu schließen ist“, sagt Grimm.

Gewerkschaften genießen ihr Grundrecht der Koalitionsfreiheit, das als eines der wenigen Grundrechte ohne jegliche verfassungsrechtlich formulierte Schranke besteht. Selbst die Unternehmer, die sich auf das Eigentums-Grundrecht in Artikel 14 berufen können, müssen sich „Schranken“ für das „allgemeine Wohl“ gefallen lassen.

Andererseits: Grundrechte, schrankenlose zumal, sind Schutzpositionen der Bürger gegen die Macht, des Staats. Doch beides zusammen geht nicht: Die Gewerkschaften können nicht zugleich an der Macht teilhaben und sich auf das Recht des Schwachen, das Grundrecht berufen.

Die Verstaubte Verfassung (III) Republik der Bürger
Von Thomas Damstädt, DER SPIEGEL , 22/2003

Eigentlich, sagt Grimm, gebe es nur zwei Wege, den Staat aus dem Griff der Verbände und Lobbys zu befreien: „Zurück zur Trennung von Staat und Wirtschaft oder vorwärts zur Verstaatlichung der Wirtschaft.“

Das klingt wie Freiheit oder Sozialismus. Natürlich, sagt auch Grimm, sind beide Wege versperrt, „zum Teil aus verfassungsrechtlichen, erst recht aus politischen Gründen“. Man müsse darum mit verfassungsrechtlich statuierten Kontrollmöglichkeiten und Publikationspflichten die öffentliche Aufsicht über den paktierenden Staat Verstärken.

Die Verstaubte Verfassung (III) Republik der Bürger
Von Thomas Damstädt, DER SPIEGEL , 22/2003

Der Kanzler wird die schlingernde Industrienation nicht stabilisieren können, wenn er auf das Verständnis der Verbände angewiesen ist.

...

Und es ist auch politisch gefährlich: „Wie soll eine Bevölkerung, deren allgemeine Brotherr der Staat geworden ist, diesen noch wirksam kontrollieren?“, fragt der Bonner Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel.

...

Staatsrechtler Kirchhof überlegt, wie sich Reformen am Grundgesetz die die Bereitschaft der Deutschen, Kinder aufzuziehen, ganz schnell vergrößern ließe, um eine Überalterung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Ein „Kinderwahlrecht“ sei erwägenswert: so steigt deren politisches Gewicht bei der demokratischen Mehrheitsbildung, selbst wenn sie ihren Wahrschein nicht selber ausfüllen können.

Familien mit Kindern haben keine Besitzstände und keine Verbandsmacht, die sie verteidigen könnte. Die Familien, sagt Kirchhof, „müssen im Verfassungsrecht und in der ganzen Rechtsordnung deutlich besser gestellt werden“

...

Der Zeitpunkt, zu dem es in Deutschland mehr Rentner als Arbeitsfähige gibt, ist vom Statistischen Bundesamt mit etwa 2040 berechnet worden. Wer kann mit solchen Mehrheiten noch einen Sozialstaat regieren?

Aber dann wird es für ein neues Grundgesetz zu spät sein.

Die verstaubte Verfassung (II) / Republik der Bürger
Von Thomas Daarnstädt / DER SPIEGEL, 22/2003